

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 12

Artikel: Russlands Syrien-Offensive : die normative Kraft der Fakten

Autor: Hübschen, Jürgen

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-583271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Russlands Syrien-Offensive – die normative Kraft der Fakten

Die Flüchtlingsproblematik dominiert die westlichen Medien in einem Masse, dass die Krise in der Ukraine ebenso aus dem Blickfeld gerät wie der Kampf gegen den IS. Der folgende Beitrag soll verdeutlichen, dass Putin seine Syrien-Politik nicht grundsätzlich geändert hat, ihr aber wesentlich offensivere Strukturen gibt.

Jürgen Hübschen

Nur wenige Wochen vor seiner Rede am 28. September vor der UN-Vollversammlung nutzt Präsident Putin die aktuelle Lage, um sich aus seiner – zumindest teilweise – selbst verschuldeten Isolation zu befreien. Seine politische und militärische Offensive in Syrien kann der Westen nicht ignorieren, zeigt aber grosse Unsicherheit, wie damit umgegangen werden soll.



Die russischen Basen von Latakia und Tartus.

Bild: cofda.wordpress.com

In einer zusammenfassenden Lagebeurteilung erklärt der Autor die russische Offensive aus seiner Sicht und gibt persönliche Empfehlungen, wie die westliche Staatengemeinschaft auf die Aktivitäten Putins reagieren sollte.

Die russische Syrien-Politik

Präsident Putin hat auch in der Vergangenheit immer eine pro-syrische Position bezogen und einen Rücktritt oder sogar Sturz des syrischen Präsidenten Assad kon-

sequent abgelehnt. Russland hat Syrien-Resolutionen des Weltsicherheitsrates nicht mitgetragen, wohl auch, weil man in Moskau nicht ausschliessen wollte, dass der Westen, wie zuvor in Libyen, Resolutionen zum Schutz der syrischen Bevölkerung zu einem Sturz des Präsidenten und einen darauf folgenden Regimewechsel missbrauchen würde.

Im Gegensatz zum Iran, der mit Hilfe der libanesischen Hisbollah Präsident Assad militärisch unterstützt, hatte

Moskau sich zunächst auf eine eher verdeckte militärische Rolle beschränkt. Gleichzeitig hatte Putin die westlichen Staaten vor direkten Angriffen, vor allem vor dem Einsatz von Luftstreitkräften gegen die syrische Armee gewarnt; nun hat er seine bisherige Strategie mit einer militärischen Offensive ergänzt.

Neben der Marinebasis in Tartus (Syrien), die Russland seit Jahrzehnten «den Zugang zum warmen Wasser» sichert, baut Moskau südlich von Latakia, im Norden

Syriens, eine neue militärische Einrichtung, die auch für Einsätze von Luftstreitkräften geeignet sein wird. Seit Anfang September fliegen russische Transportmaschinen militärisches Gerät und vorgefertigte Bauteile für die erforderliche Infrastruktur nach Latakia. Dabei wird der Luftraum des Irans und des Iraks genutzt, während Bulgarien – offensichtlich auf Druck aus Washington – den Überflug russischer Maschinen untersagt hat. Gleichzeitig bringen zivile Frachter Material über See.

Nach bislang vorliegenden Erkenntnissen wurden an schwerem Gerät Artillerie, Schützenpanzer, Transporthubschrauber und Kampfpanzer vom Typ T-90 nach Latakia transportiert. Außerdem sind vier Kampfflugzeuge des Typs SU-27 in Latakia gelandet. Dazu kommen Militärlastwagen, Granatwerfer, Fernmelde- und Lasertechnik.

Nach Hinweisen aus Washington hat Moskau auch ein Flugabwehraketensystem vom Typ SA-22 auf dem neuen Stützpunkt in Stellung gebracht. Vom Umfang der bisher errichteten Unterkünfte könnten bis zu 2000 russische Soldaten in Latakia stationiert werden.

Nach einem offiziellen Statement Moskaus will Russland über die neue Operationsbasis die syrischen Streitkräfte in ihrem Kampf gegen den IS unterstützen. Parallel zu den militärischen Aktivitäten fordert Russland die gesamte Welt auf, den syrischen Streitkräften Waffen zu liefern.

Am 11. September sagte der russische Außenminister Lavrov auf einer Pressekonferenz in Moskau, die Luftangriffe der von den USA geführten Allianz müssten durch schlagkräftige Bodentruppen ergänzt werden. Lavrov wörtlich: «*You can't defeat the Islamic State with airstrikes only. It's necessary to cooperate with ground troops and the Syrian army is the most efficient and powerful ground force to fight the IS. Our technicians and military experts are there to service Russian military hardware, to assist the Syrian army in using this hardware. And we will continue to supply it to the Syrian government in order to ensure its proper combat readiness in its fight against terrorism.*

Die Bewaffnung, Training und Einsatz der sogenannten gemäßigten syrischen Oppositionskräfte durch die USA bezeichnete Lavrov als «little success». Diese Einschätzung teilt übrigens die demokratische Präsidentschaftskandidatin, Hillary Clinton, die am 20. September in einem

CBS-Interview «Face the Nation» u. a. sagte: «Key parts of the Obama administration's policy on Syria have been a failure». Sie würde das Training syrischer Rebellen einstellen, und wörtlich: «The U.S. spent hundreds of millions of dollars to train and equip moderate Syrian rebels, but only four or five of them are actually on the battlefield.»

Während die Spezialisten die neue russische Operationsbasis auf- und ausbauen, startete Putin eine diplomatische Offensive und rief die internationale Staatengemeinschaft zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den IS auf. Er schlägt u. a. direkte Gespräche zwischen den Verteidigungsministern der USA und Russlands vor.

Westliche Reaktionen auf die russische Offensive

In ersten Reaktionen verurteilte die westliche Staatengemeinschaft die russische Offensive. Aussenminister Kerry wörtlich: «Moscow's growing military involvement would further escalate conflict and lead to the loss of more innocent lives.»

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg schlug in dieselbe Kerbe, indem er sagte: «Russia's actions will not contribute to solving the conflict.»

US-Präsident Obama verurteilte das russische Vorhaben und bezeichnete es als «a strategy that is doomed to failure.»

Direkte Gespräche über eine militärische Zusammenarbeit wurden zunächst abgelehnt.



Der russische Verteidigungsminister Sergei K. Shoigu. Bild: heritage.perm.ru

Iran und vor allem auch Irak wurde vorgeworfen, durch die Genehmigung der russischen Überflüge mitverantwortlich für eine mögliche Eskalation zu sein. Im Gegensatz zum NATO-Mitglied Bulgarien verwiesen Teheran und Bagdad auf ihre Souveränität und bezeichneten das

russische Vorgehen als legitim und auch als durchaus hilfreich bei der Bekämpfung des IS.

Als die USA feststellen mussten, dass Moskau nicht bereit ist, seine Syrien-Politik zu ändern und den Ausbau von Latakia fortsetzt, entschloss sich Präsident Obama zu einer 180°-Wendung, wohl auch, weil er die Einschätzung des Vizepräsidenten des «Carnegie Endowment for International Peace», Andrew S. Wei-



Der US-Verteidigungsminister Ashton B. Carter. Bild: commons.wikimedia.org

se, teilt, der gesagt hatte: «I don't believe Western governments are prepared to do very much to slow down or block the risky course the Russians are going on.»

Am 18. September beauftragte Obama seinen Verteidigungsminister Ashton B. Carter, Verbindung mit seinem russischen Amtskollegen, Sergei K. Shoigu aufzunehmen, «aimed at making sure that American and Russian forces avoid running into each other by mistake.»

Mittlerweile gibt es intensive Gespräche, vor allem über «mechanisms for de-confliction in Syria» und man hofft in der westlichen Anti-IS-Allianz, dass es gelingt, Moskau in eine gemeinsame Strategie einzubinden.

Zu diesem Zweck hat Aussenminister Kerry eine Reise begonnen, die ihn zunächst nach Grossbritannien geführt hat. Die Ablösung des syrischen Präsidenten Assad steht ganz offensichtlich nicht (mehr) auf der aktuellen Tagesordnung, auch wenn der britische Aussenminister Hammond nach seinem Gespräch mit Kerry feststellte: «Assad has to go». Kerry war in seinen Äusserungen viel zurückhaltender, indem er feststellte: «To the degree that Russia wants to focus its efforts against IS, we welcome that.» Nach seinem Besuch in den Arabischen Emiraten war geplant, dass Kerry Aussenminister Steinmeier, der sich bereits in ähnlicher Weise

geäussert hat, am 26. September in Berlin treffen soll.

Zusammenfassende Beurteilung und Empfehlungen für die westliche Staatengemeinschaft

Die Begründung für die russische Initiative

Es gibt für die russische Offensive sicherlich offizielle und auch nicht offen ausgesprochene Gründe. Moskau ist ein Verbündeter Syriens und deshalb daran interessiert, dass Assad und sein Regime nicht gestürzt werden. Das ist sicherlich legitim, auch wenn es dem Westen nicht gefällt. Wenn Syrien und Russland als zwei souveräne Staaten beschliessen, Russland in Syrien einen Stützpunkt auf- und ausbauen zu lassen, kann das völkerrechtlich nicht beanstandet werden. Auch die Unterstützung einer Armee durch ausländische Militärhilfe ist nicht zu beanstanden, wenn dies auf Wunsch der betreffenden Regierung geschieht. Das kann im konkreten Fall nicht bezweifelt werden.

Die syrische Armee ist offensichtlich an ihre Grenzen gestossen, nicht nur was Umfang und Einsatzbereitschaft von Waffen und Gerät angeht, sondern auch in personeller Hinsicht. Unter den Millionen syrischen Flüchtlingen befinden sich sehr viele junge Männer im wehrfähigen Alter; die Christen, die mit Mehrheit hinter dem Regime stehen, können diese personellen Lücken nicht füllen. Moskau hält vor diesem Hintergrund eine Unterstützung der syrischen Streitkräfte für unabdingbar.

Zu den offiziellen Gründen gehört auch, dass Bekämpfung und letztlich die Zerschlagung des IS zweifellos auch für Moskau von Interesse ist, weil Russland viele muslimische Nachbarstaaten hat und im Land selbst etwa 20 Millionen Muslime leben. Hinzu kommt, dass eine Stabilisierung der Nahmittelost-Region auch für Moskau von Bedeutung ist. Auch die geostategische Lage Syriens spielt eine wesentliche Rolle in der russischen Politik.

Vor dem Hintergrund der instabilen Nahmittelost-Region und Nordafrikas ist eine Operationsbasis in Latakia, in Verbindung mit dem Hafen von Tartus, für Moskau ganz besonders wertvoll. Sie versetzt Russland in die Lage, die Entwicklungen vor Ort besser beurteilen zu können und in der internationalen Nahmittelost-Politik eine aktivere Rolle zu spielen. Verglichen mit der weltweiten amerikanischen Stützpunkt-Politik ist auch dieser Aspekt sicherlich nachvollziehbar.

Darüber hinaus hat Putin zweifellos handfeste persönliche Interessen, und die dürften für den Zeitpunkt der militärischen und diplomatischen Offensive massgeblich gewesen sein. Auf der bevorstehenden UN-Vollversammlung stand die Ukraine-Krise weit oben auf der Agenda, woran Putin sicherlich kein Interesse haben kann. Mit seiner Initiative will der russische Präsident den Focus von der Ukraine auf Syrien und den Kampf gegen den IS lenken.

Moskau ist seit der Annexion der Krim und durch seine Ukrainepolitik in der Gesamtheit zunehmend isoliert, vor allem seitens der westlichen Staaten. Die verhängten Wirtschaftssanktionen machen Russland immer mehr zu schaffen, und die Zukunftsperspektiven sind eher düster.

Mit seinem Engagement gegen den IS will Russland Partner in der internationalen Allianz werden, und durch die direkten Gespräche der Verteidigungsminister erhofft sich Moskau einen wesentlichen Schritt, um in der Weltöffentlichkeit wieder auf Augenhöhe mit den USA zu erscheinen. Diese Entwicklung erscheint nicht als verwerflich und könnte durchaus zur internationalen Stabilisierung beitragen.

Empfehlungen für die westliche Staatengemeinschaft

Es gibt einen alten Spruch, nachdem man sich mit einem Gegner verbünden soll, den man nicht besiegen kann. Im weitesten Sinn trifft das auf die aktuelle Situation zu. Moskau ist ein Verbündeter Syriens und kann deshalb dort mit Zustimmung der legitimen Regierung in Damaskus so viele Stützpunkte einrichten, wie man möchte.

Warum Moskau seine Initiative ausgerechnet zum aktuellen Zeitpunkt startet, liegt zwar auf der Hand, ist aber – zumindest bislang – nicht zu beanstanden. Man kann zwar die Faust in der Tasche machen, es aber nicht ändern. Diese Erkennt-

Es sollte davon ausgegangen werden, dass sich die russische Unterstützung der syrischen Streitkräfte konkretisieren und intensivieren wird, falls das Assad-Regime ins Wanken geraten sollte. In einem solchen Fall wird Moskau nicht nur den IS bekämpfen, sondern alle Gruppierungen, die den Bestand des syrischen Systems bedrohen, also auch die Rebellen der syrischen Opposition. Darauf sollte der Westen vorbereitet sein.

nis hatte offensichtlich auch der US-Präsident. Es ist wohl auch unstrittig, dass Putin – wie dargestellt – auch handfeste eigene Interessen verfolgt, aber das ist legitim, auch wenn es nicht gefällt. Der Schachzug des russischen Präsidenten ist einfach geschickt, was man zur Kenntnis nehmen muss.

Der Westen ist zweifellos einmal mehr von Moskau überrascht worden, und jetzt kann es doch nur darum gehen, die russische Initiative auch für eigene Absichten zu nutzen. Moskau kann im Kampf gegen den IS ein wertvoller Partner sein, und da sollte man möglichst schnell die Probe aufs Exempel machen. Dazu bedarf es natürlich einer engen Koordination zwischen den USA und Russland. Diese müsste Teil der aktuell stattfindenden Gespräche sein.

Kein Staat der westlichen Allianz ist bislang bereit, sich mit Bodentruppen im Irak oder in Syrien zu engagieren, auch wenn der französische Staatspräsident Hollande das kürzlich für Syrien nicht mehr völlig ausgeschlossen hat. Wenn also Russland den IS gemeinsam mit der syrischen Armee am Boden bekämpfen will, sollte die Allianz die dafür benötigte Luftunterstützung zur Verfügung stellen. Das erscheint fast als die letzte Chance, den IS wirklich zu zerschlagen.

Was die russische Ukraine-Politik angeht, darf das Engagement Moskaus in Syrien natürlich nicht das Mäntelchen dafür sein, dort so weitermachen zu dürfen wie bisher. Sie sollte aber auch kein Argument dafür sein, sich im Kampf gegen den IS nicht mit Moskau zu verbünden.

Die Zukunft des syrischen Präsidenten Assad sollte weder in Washington noch in Moskau entschieden werden, sie ist einzige und allein Sache des syrischen Volkes. Für direkte Verhandlungen mit Assad und die Gestaltung eines zukünftigen Syriens könnte Russland allerdings ein guter Mediator sein.

Last but not least bleibt grundsätzlich festzuhalten, dass es für die grossen Probleme in der Welt langfristig keine Lösungen geben wird ohne Russland. Wem das nicht klar ist, empfehle ich einen Blick auf die Landkarte. ■



Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven

Aus dem Bundeshaus

Es geht um Kommissionsentscheide über Standesinitiativen zum Grenzwachtkorps (GWK) sowie zu Finanzen, Rechtsgrundlagen und Rüstungsgütern der Armee.



Beide Kammern hatten 2013 die Motion «Grenzwachtkorps aufstocken» (12.3071) entgegen dem Antrag des Bundesrates (BR) angenommen und beschlossen 2015 Nichtabschreiben. Der Kanton Basel-Landschaft (BL) reichte 2015 eine Standesinitiative «Zusätzliche Aufstockung des Grenzwachtkorps und angemessene Verteilung der Ressourcen auf die Regionen» ein (15.301). Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-SR) will zwar den Personalbestand des GWK erhöhen, beantragt jedoch, der Standesinitiative BL keine Folge zu geben. Diese entspreche weitgehend der überwiesenen Motion 12.3071. Der BR habe im Juni 2015 beschlossen, das GWK um 48 Stellen zu verstärken. Eine im Wesentlichen gleichlautende Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt zur Aufstockung des GWK (15.311) werde durch die Finanzkommission des SR vorgeprüft. «Beide Standesinitiativen sollen in der Wintersession durch den SR behandelt werden.»

Die SiK-NR beantragt, per Bundesbeschluss für die Jahre 2017 bis 2020 einen Zahlungsrahmen von insgesamt 20 Milliarden Franken für die Armee festzulegen. Infolge des Stabilisierungsprogramms dürfte es letztlich weniger sein. «Nach Ansicht des Bundesrates sind in den nächsten Jahren nicht mehr als 4,5 bis 4,8 Milliarden Franken finanziert. Sie hält an sechs Wiederholungskursen fest und will sich bei der Armeeorganisation und bei der Ausserdienststellung grosser Waffensysteme dem SR anschliessen (14.069). Die SiK-SR genehmigt die «Zusätzliche Beschaffung von Rüstungsmaterial 2015» (15.017, «Rüstungsprogramm 2015») und streicht von 874 Millionen Franken rund 100 Millionen für Erneuerung von Motor und Getriebe des Lastwagens Duro (SDA-Meldung vom 3. November 2015).

*Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE*